


Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 05.12.2017

Sitzungsort:	"Kaffeetrichter", Infozentrum, Löberstraße 34, 99096 Erfurt
Beginn:	18:01 Uhr
Ende:	18:50 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Dr. Warweg
Schriftführerin:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 07.11.2017	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Informationen	
5.1.	Vorstellung der Beteiligungsstruktur für Kinder und Ju- gendliche in der Stadt Erfurt BE: Leiter des Jugendamtes hinzugezogen: Vertreter des Stadtjugendring Erfurt e. V.	2031/17

- | | | |
|------|---|----------------|
| 5.2. | Umsetzung der Drucksache 2819/15 - Einbindung des Umwelt- und Naturschutzamtes in alle öffentlichen Bauplanungen
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften | 2216/17 |
| 5.3. | Informationen über den Vollzug der Baumschutzsatzung im Zeitraum 01.04. bis 30.09.2017
BE: Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes | 2224/17 |
| 5.4. | Auslösewerte für die Lärmaktionsplanung 2018
BE: Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes | 2562/17 |
| 5.5. | Sonstige Informationen | |

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder und alle anwesenden Gäste

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 07.11.2017

Die Niederschrift wurde wie folgt

genehmigt Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

5. Informationen

5.1. Vorstellung der Beteiligungsstruktur für Kinder und Jugendliche in der Stadt Erfurt 2031/17 BE: Leiter des Jugendamtes hinzugezogen: Vertreter des Stadtjugendring Erfurt e. V.

Die Vertreter des Stadtjugendrings waren anwesend und erläuterten ihr Vorhaben. Unter anderem baten sie darum, dass im Rahmen der Offenlage des ISEK lokale Workshops mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt werden, um den besonderen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Danach konnten Fragen gestellt werden.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER, FDP, PIRATEN, erkundigte sich, wie das Schülerparlament, welches vor einigen Wochen tagte, von den Schülern angenommen wurde.

Der Vertreter des Stadtjugendrings antwortete, dass die Resonanz sehr positiv war, 15 Schulen mit je 3 Vertretern waren geladen und fast alle waren anwesend.

Herr Kordon, Fraktion CDU, fragte, ob es schon eine Zusammenstellung der Themengebiete und eventuelle Ergebnisse gibt und wie die Rückkopplung in den Ausschuss erfolgen soll.

Der Vertreter antwortete, dass diese Zusammenstellung derzeit in Arbeit wäre, danach die Diskussion der Umsetzung stattfinden soll und dann die Jugendlichen darüber informiert werden sollen.

Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass im Nachtragshaushalt ca. 100.000,- EUR für einen Skaterplatz beschlossen wurden und dies doch ein sehr gutes Pilotprojekt wäre, bei dem die Jugendlichen mit einbezogen werden könnten.

Herr Stampf, wollte außerdem wissen, wie die Jugendlichen in den Ortsteilen erreicht werden. Der Vertreter des Stadtjugendrings antwortete, dass dies über die Sozialarbeiter in den Ortsteilen und die entsprechenden Einrichtungen vor Ort oder über die Kanäle der Stadtverwaltung funktioniert.

zur Kenntnis genommen

- 5.2. Umsetzung der Drucksache 2819/15 - Einbindung des Umwelt- und Naturschutzamtes in alle öffentlichen Bauplanungen 2216/17**
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN bedankte sich für die Beantwortung.

zur Kenntnis genommen

- 5.3. Informationen über den Vollzug der Baumschutzsatzung im Zeitraum 01.04. bis 30.09.2017 2224/17**
BE: Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, bemängelte, dass aus seiner Sicht zu viele Bäume gefällt worden und auch Bäume betroffen waren, die augenscheinlich gesund waren. Er ist für eine frühere Integration der Stadtratsmitglieder beim Thema Baumfällungen – wenn das Thema im Stadtrat behandelt wird, ist es schon meistens zu spät.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER, FDP, Piraten, fragte, ob es aktuelle Zahlen an geschädigten Bäumen durch Sturmschäden gibt.

Der Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes antwortete, dass es keine konkreten Zahlen gibt, aber dass durch Sturmschäden meistens nur Nadelbäume beschädigt worden.

Herr Mittelstädt, sachkundiger Bürger, wünschte eine konkretere Darstellung über die Baumfällungen. Seinem Empfinden nach, werden in der Stadt mehr Bäume gefällt als neu gepflanzt.

Dies verneinte der Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes. Er erklärte, dass die Mehrzahl der Antragsteller Ersatzpflanzungen vornehmen muss und dies auch durch die Verwaltung kontrolliert werde. Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, stimmte zu, in der Vergangenheit wurden mehr Bäume neu gepflanzt als gefällt.

Frau Baier, Fraktion SPD, hatte auch eher die Wahrnehmung, dass viele große Bäume gefällt werden und dafür keine Ersatzpflanzungen vorgenommen wurden. Sie nannte u. a. das Beispiel am Ursulinenkloster. Dem konnte Herr Stampf nicht zustimmen – am Ursulinenkloster wurden 7 neue Bäume gepflanzt und nur 4 entfernt.

zur Kenntnis genommen

5.4. Auslösewerte für die Lärmaktionsplanung 2018 2562/17 BE: Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes

Der Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes informierte noch einmal über die Drucksache.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, äußerte seine Bedenken, zu einer Absenkung auf 55 dB(A). Heutzutage haben sanierte Gebäude oder Neubauten einen viel höheren Lärm-schutzwert und zudem 3-fach Verglasung.

Aus seiner Sicht wäre eine Sanierung von Straßen viel wirksamer. Minderung von Lärm durch Geschwindigkeitsbegrenzungen würde ja bedeuten, dass auch am Tage an Hauptverkehrsadern nur 30 km/h gefahren werden dürfte und dies findet sicherlich keine Akzeptanz bei Autofahrern.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, äußerte, dass in der Stadt an vielen Stellen Lärminderung durch die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h umgesetzt wurde. Er ist ebenfalls der Meinung, dass an Stellen, wo die 55 dB(A) nicht erreicht werden können, ein passiver Lärmschutz durch bauliche Maßnahmen erfolgen muss. Er fragte nach, ob es hierfür eventuell einen Maßnahmenkatalog gibt.

Der Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes erläuterte, dass eine qualitative Stadtentwicklung als Zielsetzung haben sollte, die 65-55 dB(A) zu erreichen.

Außerdem erwähnte er, dass nur die Geschwindigkeitsbegrenzungen allein, nicht die Lösung sind. In vielen Bereichen sei tagsüber die Reduzierung der Geräusche nicht machbar, aber man sollte wenigstens nachts für mehr Ruhe sorgen, als Entlastung für die Bewohner. Heutzutage ist es allgemeingültiges Ziel jeder Stadt, die Stadt ruhiger zu machen. Als beispielhafte Maßnahme wurde die umweltsensitive Verkehrssteuerung benannt. Man müsse bei den möglichen Steuerungsmaßnahmen, vor allem ganze Straßenbereiche und nicht nur einzelne Abschnitte, betrachten.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER, FDP, PIRATEN, erkundigte sich, ob über ein Nachtfahrverbot von LKWs, vor allem in den Ortsteilen nachgedacht wurde. Außerdem teilte er mit, dass z. B. Verwendung von Flüsterbitumen eine erhebliche Verringerung des Straßenlärms bewirken würde.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Warweg, befürwortete die Meinung, dass Straßensanierungen ein guter Weg wären.

Herr Kallenbach, erwähnte noch, dass ein gänzlichliches Nachtfahrverbot für LKWs keine Lösung ist, da diese dann auf andere, eventuell längere, Strecken zurückgreifen, was dann wieder eine zusätzliche Umweltbelastung zur Folge hätte.

zur Kenntnis genommen

5.5. Sonstige Informationen

Folgende Festlegung wurde getroffen:

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER, FDP, PIRATEN erkundigte sich was für die Nachnutzung des Betriebsgeländes der Stadtwirtschaft am Roten Berg geplant sei.	DS 2729/17
Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt fordert daher eine schriftliche Stellungnahme über den Sachstand.	
V: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften T: 16.01.2018	

Des Weiteren erinnerte Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., daran, dass die Verwaltung die „Richtlinie zur Vergabe von kommunalen Grundstücken“ noch nicht vorgelegt hat und fragte erneut nach dem Abarbeitungsstand.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften teilte mit, dass die verwaltungsinterne Endabstimmung noch nicht beendet sei.

gez. Dr. Warweg
Vorsitzender

gez. 
Schriftführerin